

## **Schriftliche Kleine Anfrage**

der Abgeordneten Kristin Heyne (GRÜNE/GAL) vom 15. 09. 89

### **und Antwort des Senats**

**Betr.: Mitteilungen der Bundesbahn über Transporte mit radioaktiven Stoffen**

*Nach einer Mitteilung der Deutschen Bundesbahn werden die zuständigen Behörden der Länder vorab über Transporte mit radioaktiven Stoffen informiert. Soweit mir bekannt ist, wird in Hamburg die Innenbehörde von der Bahn informiert.*

*Ich frage den Senat:*

- 1. Ist diese Information zutreffend, und aufgrund welcher gesetzlicher Bestimmungen erfolgt die Mitteilung der Bundesbahn?*
- 2. Welche Daten werden von der DB im einzelnen bei der Innenbehörde gemeldet?*
- 3. Über welche Transporte muß die DB informieren (alle, sonstige radioaktive Stoffe, Kernbrennstoffe o. ä.)?*

Bei radioaktiven Transporten, für die eine Beförderungsgenehmigung gemäß § 4 Atomgesetz erforderlich ist, hat der Genehmigungsinhaber die den Transport betreffenden Angaben dem Lagezentrum des Bundesministers des Innern zu melden und dabei den Informations-Verteiler festzulegen, der die Lagezentren der Innenministerien der vom Transport berührten Länder enthält. Soweit es sich um Transporte im Schienen- und Schiffsverkehr der Deutschen Bundesbahn (DB) handelt, wird die DB benachrichtigt.

Die Deutsche Bundesbahn wendet sich an die Lagezentren, wenn sie selbst Genehmigungsinhaber ist. Die Meldewege für Transporte mit Kernbrennstoffen sind in den Nebenbestimmungen zur Beförderungsgenehmigung aufgrund des § 17 Atomgesetz geregelt. Sie sind Bestandteil der Beförderungsgenehmigung gemäß § 4 Atomgesetz.

Folgende Daten werden an die Behörde für Inneres gemeldet, wenn der Transport Hamburg berührt:

- Genehmigungsnummer,
- Sicherungskategorie/Typ; Sicherungsmaßnahmen bzw. keine besonderen Sicherungsmaßnahmen,
- Polizeibegleitung vorgeschrieben: ja/nein,
- Masse und Art des radioaktiven Stoffes,
- Versandstück (Typ, Kennzeichen, Herstellerbezeichnung),
- Blatt-Nummer gemäß GGVS/GGVE/GGVSee,
- Genehmigungsinhaber/Beförderer,
- Transportmittel (Typ, amtliches Kennzeichen),
- Transportweg (nachvollziehbare Streckenbeschreibung einschließlich der geplanten Haltepunkte und Zwischenaufenthalte),
- Abgangszeit, voraussichtliche Ankunft (bei DB auch Haltezeiten),
- Absender und Empfänger einschließlich Anschriften

und, soweit für die Beförderung vorgeschrieben:

- Beförderungsbevollmächtigter (Name),
- Frachtbegleiter bei Lufttransporten (Name),
- Begleitfahrzeug (Typ, amtliches Kennzeichen),
- Erreichbarkeit der Beförderungsleitstelle (Telefonnummer und Telexanschluß).

Außerdem kommen Angaben zu landesspezifischen Einzelheiten des Transportwegs und Zeitangaben in Betracht.

Für die Beförderung sonstiger radioaktiver Stoffe gemäß § 2 Absatz 1 Nummer 2 Atomgesetz ist eine Genehmigung nach § 3 Absatz 1 Strahlenschutzverordnung erforderlich. Sie kann für den einzelnen Beförderungsvorgang oder einem Antragsteller allgemein auf längstens drei Jahre erteilt werden, soweit die in § 1 Nummern 2 bis 4 des Atomgesetzes bezeichneten Zwecke nicht entgegenstehen. Wird eine zeitlich befristete Genehmigung erteilt, erfolgt keine Meldung der Einzeltransporte an die Lagezentren.

4. *Aus welchen Gründen erfolgt die Meldung bei der Innenbehörde und nicht bei der Umweltbehörde oder der Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales?*
5. *Welche anderen Hamburger Behörden werden außerdem von der Bundesbahn über geplante Transporte unterrichtet?*

Adressaten für die Anmeldung sind aufgrund der Nebenbestimmungen die Lagezentren der Innenministerien der Länder. Sie stellen die Benachrichtigung der für die atomrechtliche Aufsicht zuständigen obersten Landesbehörden (in Hamburg: Umweltbehörde und Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales) und sonstigen Dienststellen sicher. Die Lagezentren gewährleisten eine jederzeitige (Tag und Nacht) Erreichbarkeit.

6. *Sind in der Antwort des Senats auf die Kleine Anfrage Drucksache 13/4126 die bei der Innenbehörde eingegangenen Transportmeldungen durch die Bundesbahn enthalten? Wenn nein, warum nicht?*

Ja.

7. *Gibt es Bestrebungen oder Pläne, die bei allen zuständigen Behörden bekannten Transporte in Form der in der Drucksache 13/4126 enthaltenen Liste zu registrieren?*

Nein.